WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 6.
9. Februar

4. Jahrgang
1924

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Grieco: Die Parlamentswahlen in Italien.
Zink: Nach den Parlamentswahlen im Saargebiet.
Jacquemotte: Brief aus Belgien.
Pepper: Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht.
Serge: Kerkermeister des Zaren vor dem Moskauer Revolutionstribunal.
Sadoul: Die Krankheit des französischen Franken.
Zuercher: Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
Heckert: Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke.
Hardy: Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen.
Lada: Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik.
Zetkin: Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924. An die werktätige Jugend der ganzen Welt! An die Genossenschaften aller Länder!
Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Genossen Lenin.
Sinowjew: Lenin und die Arbeiter.
Sturm: Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot.
Király: Was bedeutet die Horty-Amnestie?
Aufrufe.
Buchbesprechungen.

Die Lage in Deutschland und die KPD.

Von G. Sinowjew.

Aus einer Rede, gehalten auf der XIII. Parteikonferenz der RKP.

** Auf unserer Herbstkonferenz haben wir das Vorhandensein einer ernsten politischen Krise in Deutschland festgestellt. Unsere Opposition hat oft darüber gespottet, daß wir über diese Frage nicht allzuviel gesprochen haben. Das war für sie ein Beweis dafür, daß unsere Partei aus „Schweigern" besteht, daß das Leben in der Partei erloschen ist usw. Ich denke, daß sie das innere Wesen einer bolschewistischen Partei sehr schlecht kennen, wenn sie die Sache in dieser Weise erklären und einschätzen. Ich sage nicht, daß in der Partei alles in der besten Ordnung war, aber wenn auf unserer Herbstkonferenz angesichts der ungeheuer wichtigen Ereignisse vollkommene Einmütigkeit unter uns geherrscht hat, dann habe ich den Mut, Euch, Genossen aus der „Opposition", zu versichern, daß diese Einmütigkeit nicht darauf beruhte, daß wir etwa „Schweiger" sind, sondern daß sie dem Wesen der bolschewistischen Partei entsprang. Die Partei hat begriffen, daß eine Situation entstanden ist, die man nicht anders einschätzen konnte, als eine revolutionäre Situation mit sehr großen Aussichten auf Erfolg. Die Partei hat begriffen, daß es sich, wenn ein solcher Augenblick gekommen ist, nicht nur darum handelt, Reden in die Luft zu sprechen, und eine große Diskussion vom Stapel zu lassen, sondern darum, die der Gesamtlage entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Mir scheint, gerade darin findet unsere damalige Stimmung ihre Erklärung. Alle haben wir die Lage in der Weise eingeschätzt, daß die Revolution in Deutschland eine Frage von Wochen ist. Alle Nachrichten unterstützten diese Annahme. Die pessimistischesten Ansichten unterschieden sich von den optimistischesten nur darin, daß die pessimistischen Genossen die Revolution zwei, drei oder vier Wochen später erwarteten.

Das waren also die großen Differenzen. Manche Genossen sagten: „Es ist eine Frage von Tagen"; andere behaupteten: „Zwei, drei oder vier Wochen später werden wir eine solidere Mehrheit in den Arbeitermassen haben, und dann werden wir obenauf sein". Charakteristisch für die Sachlage war der Riesenstreik im August: starkes Schwanken in den Reihen unserer Gegner, in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei wurde durch eine revolutionäre Welle von einer Höhe emporgehoben, wie wir sie in Deutschland noch nie erlebt haben. Das Kleinbürgertum begann auf die Seite der Kommunistischen Partei zu treten. Die Bauernschaft war schwankend geworden, die Mark entwertete sich in katastrophaler Weise, die Bourgeoisie verlor den Kopf, rote Hundertschaften wuchsen überall in den Betrieben, die Betriebsrätebewegung erstarkte — mit einem Worte, das typische Bild einer wirklichen vorrevolutionären Krise stand vor uns. Darum gab es nur eine Frage: Was ist eine bolschewistische Partei nach zwei Jahren neuer Wirtschaftspolitik, wie wird sie handeln? Wird sie zögern, wird sie diskutieren, wird sie den Überklugen, die in diesem Augenblick sagen: „Wir dürfen nicht riskieren," die Führung überlassen, oder wird die russische Partei als die wichtigste Partei der Kommunistischen Internationale auf ihrem Posten sein und die ganze Last der Verantwortung auf sich zu laden wagen?

Ich weiß, daß eine große Enttäuschung unvermeidlich war, als der Sieg der Revolution ausblieb. Man sagte uns: Ihr habt uns ja die Revolution „versprochen" — wo ist denn Eure Revolution geblieben? Eine solche Stimmung hat es unter den Arbeitermassen gegeben, und zwar aus vollkommen erklärlichen Gründen. Aber ich denke, Genossen, daß sowohl das ZK. wie auch die Komintern Euch sagen müssen, daß wir, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen, unter denselben Verhältnissen ebenso handeln müssen. Wir haben uns hier im Tempo der Ereignisse geirrt, worin sich Marxisten schon sehr oft geirrt haben, Marx selbst nicht ausgeschlossen. Was Wunder, wenn auch wir, die Schüler von Marx, das Tempo der Ereignisse mit der deutschen, der französischen, der polnischen, der tschechischen und mit anderen Parteien, die mit uns zusammen die Beschlüsse faßten, irrtümlich beurteilten?

Aber im wesentlichen haben wir uns ebensowenig geirrt wie die Bolschewiki nach der Niederlage des Dezemberaufstandes im Jahre 1905, als sie im Gegensatz zu den Menschewiki sagten: „Die zweite Revolution wird kommen"! — und sie kam.

In der Frage des Zeitpunktes hat sich Lenin damals geirrt. Er hat den Beginn des Aufstandes für das Frühjahr 1916 „festgesetzt" und dann mußte dieser auf den Spätsommer „verlegt" werden. „Nach der Beendigung der Feldarbeiten" — sagte Wladimir Iljitsch — „wird der Bauer beweglicher sein." Aber der Aufstand kam auch im Spätsommer nicht, sondern erst nach vielen Jahren. Die Menschewiki haben natürlich über die nicht eingetroffene „Prophezeiung" viel gespottet.. In der Zeitfrage haben sich die Marxisten und auch Marx selbst nicht selten geirrt, weil wir über kein solches Instrument verfügen, das es uns ermöglichen würde, in dieser Frage jeden Irrtum zu vermeiden. Aber in der Haupteinschätzung der Klassenkräfte und darin, daß ein zweite Revolution unvermeidlich ist, hat sich der Bolschewismus nicht geirrt und in dieser Frage hat sich auch die Kommunistische Internationale nicht geirrt. Die zweite Revolution in Deutschland ist unvermeidlich, und die Zeit, die uns von ihr trennt, ist nicht allzu lang.

Genossen, Ihr werdet ohne weiteres verstehen, daß nach dem Mißerfolg, nach dem kampflosen Rückzug eine mehr oder minder ernste Krise der Partei, eine mehr oder minder gründliche Umwertung der Werte unausbleiblich ist. Gerade in einer solchen Zeit kann man den wirklichen Revolutionär erkennen. Jene, die nur zufällig zur Partei kamen, werden in einer solchen Zeit von einer Panik ergriffen, sie schwenken nach der äußersten Linken oder äußersten Rechten ab, demoralisieren die Partei; es gibt Heulen und Zähneklappern, eine Jeremiade. Der eigentliche Kern der Partei wird gerade durch solche Ereignisse gestählt. In der deutschen Partei gibt es gegenwärtig in diesem Sinne schwere Meinungsverschiedenheiten und mit der KPD. muß sich auch das EK. der Komintern und auch das ZK. unserer Partei über diese Meinungsverschiedenheiten Klarheit verschaffen.

Ich kann mich hier nicht auf alle Einzelheiten einlassen — das wird von mir auch nicht gefordert — ich will nur den Hauptkern der Streitigkeiten skizzieren, um so mehr, da diese Streitigkeiten wiederum mit unseren inneren Streitigkeiten in enger Beziehung stehen, und sehr stark an die Streitigkeiten mit unserer „Opposition" erinnern.

Ich weiß nicht, Genossen, wie es bei Euch in der Provinz war, aber in Moskau war es so, daß die Frage der deutschen Revolution, die Frage über die Kommunistische Internationale und über die Führung der Kommunistischen Internationale keine unwesentliche Rolle in diesen Diskussionen spielte. Die Genossen aus der „Opposition" haben auf allen Versammlungen außer tausend und einem Vorwurf gegen das ZK. auch noch dem EK. der Komintern vorgeworfen, daß es die deutsche Partei, die deutsche Zentrale zugrunde richtet. In dieser Hinsicht hat sich besonders Genosse Radek hervorgetan.

Ich muß Euch erklären, Genossen, daß für unsere Ansichten, besonders in der deutschen Frage, in Wirklichkeit das ganze ZK. der RKP. und darüber hinaus das ganze Politische Büro die Verantwortung trägt. Diese Frage berührt Rußland sehr nahe. Schon darum waren die Vertreter unserer Partei in der Komintern gezwungen, jede Frage dem Politischen Büro zu unterbreiten, außerdem aber war eine solche Haltung auch infolge der Lage in unserer Partei notwendig. Solange Genosse Lenin unmittelbar an der Arbeit teilnahm, war es bei uns üblich, daß wir, die Funktionäre der Komintern, die Richtlinien unmittelbar festsetzten und uns nur mit dem Genossen Lenin persönlich berieten. Das ganze ZK. war dann der Ansicht, daß sich die Sache infolgedessen auf dem richtigen Geleise befindet. Als dies nicht mehr möglich war, mußten wir auf diesem Gebiete die Führung Iljitschs durch eine kollektive Führung ersetzen. Darum mußten die Vertreter des ZK. und der Komintern die Frage der deutschen Revolution in allen ihren Einzelheiten im Politischen Büro beraten, was wir auch getan haben. Der größte Teil der Beschlüsse wurde einstimmig gefaßt. Sie sind daher kollektive Beschlüsse, für die wir die Verantwortung tragen. Das bedeutet natürlich nicht, daß mich persönlich keine große Verantwortung trifft. Selbstverständlich trage ich aus begreiflichen Gründen eine große Verantwortung.

Worin bestanden unsere Meinungsverschiedenheiten? In der Partei wurden einige unrichtige Angaben verbreitet, die ich zu widerlegen genötigt bin. Es sind Gerüchte im Umlauf, das EK. der Komintern hätte beschlossen, den Aufstand in einer bestimmten Frist herbeizuführen und sie hätte diese Frist der deutschen Partei aufgezwungen. Ich behaupte entschieden, daß der deutschen Partei die Lösung dieser Frage selbst anheim gestellt wurde. Das war unser Standpunkt.

Die zweite Frage, deren Klärung heute höchst wichtig ist, da sie Euch unmittelbar den Kern der Meinungsverschiedenheiten in der KPD. nahebringt, ist die sächsische Regierungsfrage. Wie war die Lage in Sachsen überhaupt? Im sächsischen Parlament gab es eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit gegenüber der Bourgeoisie. Die Differenz betrug, wenn ich mich nicht irre, etwa sechs Stimmen zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der rechte Flügel der KPD. machte einige Male den Versuch, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten zu erzielen, und legal eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden. Das EK. der KI. war immer dagegen. Aber als wir die Ereignisse in der Weise einschätzten, daß die Krise eine Frage von Wochen ist, haben wir damals gesagt: Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir unter gewissen Bedingungen in die Regierung eintreten können, um Sachsen als Aufmarschgebiet zu benützen, von wo aus wir den Kampf um die Macht organisieren und entfalten können. Das war damals, als der General Müller zum Militärbefehlshaber in Sachsen ernannt wurde. Ich erinnere mich des Kronstädter Beispiels, im Jahre 1917, als die provisorische Regierung den Kadetten Pepeljajew zum Kommissär ernannt hatte, die eigentliche Macht sich aber in den Händen des Kronstädter Sowjets befand — wie sich damals der Kronstädter Sowjet gar nicht um Pepeljajew kümmerte, ihn verspottete, und wir ihn später zur rechten Zeit verhafteten! Uns schien es, daß die deutschen Genossen vor derselben Aufgabe stehen: sie treten in die Regierung ein, ignorieren den General, mobilisieren die Arbeiter zum Zusammenschluß mit den revolutionären Arbeitern des ganzen übrigen Deutschland, mit anderen Worten: wir betrachteten den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Manöver, um einen Fußbreit Boden zu erobern, um die Ereignisse von dort aus zur Entfaltung zu bringen. Wir nahmen damals an, daß wir unsern Eintritt in die sächsische Regierung praktisch an solche Bedingung knüpfen mußten, die die hinter der Regierung Zeigner stehende Gruppe bereit finden ließ, den Kampf gegen das weiße Bayern, gegen die Faschisten, wirklich aufzunehmen, die sofortige Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 deutschen Arbeitern durchzusetzen und den General Müller zu ignorieren. Dasselbe war in Thüringen der Fall. Ihr seht jetzt, wie wir uns den Eintritt in die sächsische Regierung vorgestellt haben.

Wir haben uns die Sache keinesfalls als eine parlamentarische Kombination vorgestellt, sondern als ein Manöver zur Erreichung einer bestimmten Position. Die deutschen Genossen haben das für möglich gehalten.

Jetzt werden, wie Ihr wißt, Versuche gemacht, diese ganze Politik nachträglich zu revidieren, und man sagt, die Komintern wäre zu spät gekommen, man hätte die Vorbereitung um drei, vier Monate früher beginnen sollen. Ihr kennt die Broschüre des Genossen Trotzki „Der Neue Kurs", worin er sich auch mit der deutschen Frage beschäftigt. Er spricht direkt aus, der Fehler hätte gerade darin bestanden, daß, „wenn die Kommunistische Partei das Tempo ihrer Arbeit durch die vollständige Ausnützung der ihr durch die Geschichte zur Verfügung gestellten fünf bis sechs Monate zur Organisierung der politischen und technischen Vorbereitungen stark beschleunigt hätte, der Ausgang der Ereignisse ein anderer gewesen wäre als der, den wir im November wahrnehmen mußten". Eine solche Fragestellung ist überhaupt fruchtlos. Es versteht sich von selbst, daß wir, wenn wir die Vorbereitungen fünf Monate früher begonnen hätten, unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen besser hätten vorbereiten können. Überhaupt, wenn das viele „Wenn" nicht wäre, so würden wir besser stehen — das ist eine billige Weisheit. Es ist jedoch nicht ohne Interesse, uns bei der Frage aufzuhalten, welche Ansicht die führende Gruppe der Komintern gerade vor fünf bis sechs Monaten war. Im Juli setzte in Deutschland offensichtlich ein Umschwung ein. Die Zentrale der KPD., die das Ansteigen einer neuen revolutionären Welle spürte, erließ einen revolutionären Aufruf gegen die Faschisten. Die Zentrale der KPD. sprach im Namen der Partei offen aus, daß wir für jeden ermordeten Arbeiter zehn Faschisten erschlagen werden. Wer die Geschichte der KPD. kennt, der muß es verstehen, daß das der Anfang eines neuen Kapitels ist. Die Bewegung dehnte sich aus. Die Partei gewann einen immer größeren Einfluß. Und so beschloß sie, den Euch bekannten Antifaschistentag zu veranstalten. Das war ein außerordentlich großes Ereignis. Die sozialdemokratischen Arbeiter standen auf unserer Seite, und alle sahen in der KPD. den Sturmbock, der den Faschismus niederrennen wird, bevor er noch ganz erstarkt

ist. In diesem Augenblick entsanden die ersten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des EK. der Komintern. Genosse Bucharin und ich waren abwesend, wir wurden im EK. durch den Genossen Radek ersetzt. Genosse Bucharin und ich, als Mitglieder des EK. der KI., haben, als wir diesen Aufruf erhielten, an die KPD. ein Begrüßungsschreiben gesandt, worin wir erklärten, daß wir diesen Aufruf für großartig halten und die KPD. in ihrem Kampfe und in der Frage des Antifaschistentages wärmstens unterstützen. Genosse Radek begann gegen uns eine heftige Polemik. Er telegraphierte uns (mir und dem Genossen Bucharin) am 12. Juli (das Telegramm ist in meinen Händen), unsere Politik bedeute, daß die Komintern die KPD. einer Juliniederlage entgegentreibe, daß wir uns „unter dem Eindrucke der bulgarischen und italienischen Ereignisse befänden" und die Sache in Deutschland leichtfertig beschleunigen. Genosse Radek sandte am 26. Juli im Namen des Präsidiums der Exekutive ein Telegramm mit folgendem Inhalt ab: „Das Präsidium der Komintern schlägt vor, auf die Straßendemonstrationen am 29. Juli zu verzichten ... Wir befürchteten Rückschläge". Ein Teil unserer Genossen hat den Genossen Radek darin unterstützt.

Als Genosse Trotzki über seine Meinung befragt wurde, antwortete er, daß er sich der Stimme enthalte, da ihm das ganze Material nicht zur Verfügung stehe.

Die Meinungsverschiedenheiten hatten also folgenden Inhalt: Genosse Bucharin und ich sagten: Wir gratulieren zu diesem Schritt, und unterstützten diesen Beginn eines neuen Kapitels sehr. Radek beschuldigte uns, daß wir die Partei einer Juli-Schlacht, daß wir die Partei neuen Niederlagen entgegentreiben. Radek beantragte, den Antifaschistentag abzublasen. Genosse Trotzki enthält sich der Stimme. Ich erzähle das nicht, um hieraus Vorwürfe zu schmieden. Man kann sich ja irren. Aber man soll dann nicht später kommen, dann den Gescheiten spielen und sagen, daß, wenn wir uns früher vorbereitet hätten, es besser gegangen wäre. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Oder man sagt uns, daß die Frage damals entschieden wurde, als die Ruhrkrise ausbrach. Man hätte schon damals sehen sollen, daß ein neues Kapitel beginnt! Wieder die Steine im Glashaus! Innerhalb der Komintern fanden zwei internationale Konferenzen über die Ruhrfrage statt, die eine in Essen, die andere in Frankfurt. Diese beiden Konferenzen betrachteten wir als den Beginn eines neuen Kapitels.

Die Exekutive der Komintern traf im Zusammenhang damit eine ganze Reihe von Maßnahmen. Warum hat Genosse Trotzki der Objektivität halber in seiner Broschüre nicht erwähnt, daß sich Genosse Radek, der diese Bewegung am besten kannte, der sich für den besten Kenner dieser Bewegung hielt und sich in der Tat an dieser Bewegung am meisten beteiligte — daß sich Genosse Radek am meisten von uns geirrt habe? Er hat die Partei an den Rockschößen zurückgehalten, als man sie in den Kampf hätte führen sollen.

*

Worin bestehen gegenwärtig die Meinungsverschiedenheiten in der KPD.? Die Genossen streiten darüber, ob der Rückzug notwendig gewesen ist oder nicht, oder wenn er notwendig gewesen ist, hätte er kampflos oder unter Kämpfen vollzogen werden sollen?

Genossen! Die Meinungsverschiedenheiten sind sehr groß. Uns, die zwei bis drei Revolutionen hinter sich haben, sind diese Meinungsverschiedenheiten sehr gut bekannt. Der beste Teil der deutschen Arbeiter ist sehr unzufrieden darüber, daß die Partei sich kampflos zurückgezogen hat, da der Kampfwille viel stärker war als während der ersten deutschen Revolution. Man muß die deutschen Genossen darüber erzählen hören, wie die Arbeiter die Straße beherrscht haben, wie die Hunderttausende zählenden Massen der Arbeiter bis zum nächsten Morgen nicht auseinandergingen, sich der Lastautomobile bemächtigten, wie sich Zehntausende von Frauen erhoben, wie sich im Ruhrgebiet die deutschen Frauen mit ihren hungernden Kindern den französischen Soldaten entgegenwarfen, wie die französischen Soldaten Gewehr bei Fuß standen und mit ihnen eine brüderliche Unterhaltung begannen und wie die Arbeiter ihren sozialdemokratischen Führern den Rücken kehrten und nur mit den Kommunisten gingen. Diese Erzählungen beweisen klar, daß in der Partei ein ungeheurer Aufschwung vor sich ging.

Nach der Oktoberberatung gaben sich die deutschen Genossen der Stimmung hin, daß der Kampf morgen entbrennt, daß sie morgen entweder siegen oder sterben werden. Daher verursachte der Rückzug eine große Depression und Enttäuschung, und dazu kam noch die schwere sächsische Prüfung. Ihr erinnert Euch, Genossen, an die Stellungnahme des EK. der KI., über den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung. Aber, Genossen, wie geschah es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit kam es ganz anders. In die Regierung sind drei Mitglieder der Zentrale der KPD. eingetreten: Böttcher, Heckert und Brandler. Brandler bekam kein Ministerium, sondern die Leitung der Staatskanzlei. Wir haben uns alle vor Freude die Hände gerieben: Es gibt nichts Schlaueres als die KPD., sie sichert sich die Führung der Staatskanzlei. Brandler wird sie übernehmen und ihm wird die Polizei und der ganze Apparat gehorchen. Aber wir haben uns sehr getäuscht; es gab da nichts Schlaues, sondern nur eine echt deutsche Verbeugung vor der Regierungskanzlei, wo, wie man glaubte, die Geheimnisse aller Geheimnisse verborgen sind, und man entsandte dahin den hervorragendsten Funktionär der Parteizentrale. Sie verbrachten in den Regierungsstellen ganze elf Tage, eigentlich nur neun Tage, weil sie ja während der letzten zwei Tage schon zwischen der Regierung und dem Gefängnis standen. Natürlich konnte man während elf Tagen wenig erreichen, und das EK. der KI. machte es ihnen natürlich nicht zum Vorwurf, daß sie sich während dieser Zeit nicht 60.000 Gewehre verschafft haben. Jeder Kampf kann mit einer Niederlage enden, besonders ein revolutionärer Kampf, und statt der 60.000 Gewehre kann man sehr leicht eine Kugel in den Kopf bekommen. Aber man muß sich immer so benehmen, wie ein Revolutionär sich benehmen soll. In Wirklichkeit haben sich aber unsere Genossen als Teilnehmer an einer gewöhnlichen Koalition gefühlt, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestand. Sie sagten, daß „wir auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „wir nur dem Landtag verantwortlich sind" und dergleichen.

Hier zeigten sich die alten sozialdemokratischen Traditionen. Bebel hat seinerzeit das reaktionäre Vorgehen der Regierung mit Erfolg dadurch enthüllt, daß er zeigte, die Regierung tritt die eigenen Gesetze und die eigene Verfassung mit Füßen. Damals war das eine revolutionäre Agitation. Wenn aber die Kommunisten, jetzt im Jahre 1923, die Bebelschen Töne anstimmen, wo General Müller mit seinen Truppen gegen sie marschiert, wenn sie in einem solchen Augenblick sagen, daß „sie auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „sie nur dem Landtag verantwortlich seien", dann wird daraus eine banale Parlamentskomödie.

Diese Erfahrung öffnete uns die Augen über viele Schwächen der KPD., deren Vorhandensein wir auch schon früher vermutet haben, aber die wir mit besonderer Anschaulichkeit erst jetzt gesehen haben. Sobald wir sahen, welchen Verlauf die Ereignisse nehmen, schrieb das EK. der KI. an die KPD. einen vertraulichen Brief mit der Bitte, ihn an alle Mitglieder der Zentrale weiterzugeben. Wir waren mit dem Inhalt des Briefes einverstanden, mit uns auch Genosse Trotzki, der nur einige redaktionelle Änderungen beantragte. In diesem Briefe schrieb die Exekutive der Komintern folgendes:

„Aus Eurer Überschätzung des Grades der politischen, technischen Vorbereitung folgte unvermeidlich auch der politische Fehler. Wir, hier in Moskau, wie es Euch wohl bekannt sein muß, betrachteten den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nur als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der „linken" Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hände band. Wir stellten uns die Sache in der Weise vor, daß der Eintritt in die sächsische Regierung die Eroberung eines Aufmarschgebietes bedeuten würde, um von da aus die Kräfte unserer Armeen zu entfalten. Ihr habt die Teilnahme am sächsischen Ministerium in eine banale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten verwandelt. Das Resultat war unsere politische Niederlage. Und was noch schlimmer ist, es ergab sich etwas, was sehr stark an eine Komödie erinnert. Eine Niederlage im Kampfe können wir ertragen, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend des Aufstandes geradezu in eine lächerliche Lage gerät, so ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat im ganzen Reiche ganz und gar nicht eine Politik geführt, die den Auftakt zum entscheidenden Kampf hätte bilden können und müssen. Kein einziger entschieden revolutionärer Schritt. Keine auch nur einigermaßen klare kommunistische Rede. Kein einziger ernster Schritt, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Sachsen vorwärtszutreiben, keine einzige praktische Maßnahme, um in Sachsen Räte zu schaffen. Statt dessen eine „Geste" von Boettcher, der erklärt hatte, daß er das Gebäude des Ministeriums nicht verläßt, so lange er nicht mit Gewalt entfernt wird. Nein, Genossen, so kann man eine Revolution nicht vorbereiten."

Genosse Radek begann, anstatt die deutsche Partei auf diesen Fehler aufmerksam zu machen, in seinen Artikeln den rechten

Flügel der KPD. zu unterstützen, der diese opportunistische „sächsische" Politik verewigen will. Man darf, Genossen, natürlich diese Fehler nicht überschätzen. Die KPD. ist trotzdem eine der besten Sektionen der Komintern, eine mächtige proletarische Partei mit einigen hunderttausenden Arbeitermitgliedern, und sie wird die deutsche Arbeiterklasse zum Siege führen. Aber sie hat auch ihre Schwächen. In ihr stecken noch Überreste aus der II. Internationale. Und das ist auch natürlich: Wir sind ja im Schoße der II. Internationale entstanden. Die III. Internationale ist nicht vom Himmel gefallen und Überreste der II. Internationale sind in allen Parteien vorhanden. Ja, man darf die Fehler nicht verbergen, auch in unserer Partei haben wir kleinbürgerliche Tendenzen, und was anderes ist das als eine Erbschaft der II. Internationale? Solche Überreste gibt es zweifelsohne auch in der deutschen Partei. Fehler kann man gutmachen, aber nur in dem Falle, wenn man die Fehler nennt, wenn wir nicht in einen Vorzug verwandeln wollen, was ein offensichtlicher Fehler ist.

Radek nahm sich der Verteidigung des rechten Flügels der Partei an und begann eine ganze Philosophie zu konstruieren, um deren opportunistisches Verhalten rechtfertigen zu können. Worin kam dies zum Ausdruck? Nach der Niederlage fand eine Konferenz statt. Hier wurde eine Resolution angenommen, deren Kernpunkt folgender Satz war: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, besiegte jedoch nicht die Arbeiterklasse." Als wir diese Resolution gelesen haben, schien es uns, als ob das entweder ein literarischer Seitensprung oder Opportunismus ist. Es stellte sich heraus, daß es beides war. Das kommt oft vor.

Worin liegt nun in Wirklichkeit die Unrichtigkeit dieses Satzes? Vor allem gefällt uns schon das Wort „Novemberrepublik" nicht. Die erste deutsche Revolution brach im Monat November aus, und sie heißt daher Novemberrevolution. In einem Zeitungsartikel kann man natürlich dieses Wort gebrauchen, wie wir zum Beispiel von einer „Julimonarchie" sprechen, aber da, wo es sich um eine theoretische Analyse handelt, mit deren Hilfe wir die Perspektive für uns selbst und für die deutschen Arbeiter klären wollen, müssen wir eine solche Redewendung vermeiden. In diesem Falle wäre eine andere Redewendung angebrachter gewesen, die wir von Marx gelernt haben. Was ist Deutschland heute? Eine bürgerlich-demokratische Republik. Nach der Novemberrevolution nannte sie sich anfangs „sozialistisch", aber das war nur ein Betrug. Sie ist eine bürgerlich-demokratische Republik, das ist viel richtger und klarer gesagt. Aber es handelt sich natürlich nicht um die Terminologie. Was bedeutet es: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, hat aber die Arbeiterklasse nicht besiegt"? Wir finden hier den Sinn nicht.

Welche Konsequenzen wurden hieraus gezogen? Man sagt uns, die Sozialdemokratie sei vom Faschismus besiegt. Dabei ist gerade diese Behauptung vollkommen unrichtig. Wenn die Sozialdemokratie im Kampfe besiegt worden wäre, hätten wir eine ganz andere Taktik befolgen müssen. Wir schlagen jetzt vor, mit den gegenrevolutionären Spitzen der deutschen Sozialdemokratie jede Unterhandlung zu unterlassen. Wenn aber der Satz wahr wäre, daß die deutsche Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt wurde, wo würde daraus entspringen, daß wir uns im Gegenteil der deutschen Sozialdemokratie annähern sollen? Marx lehrte uns, daß wir, wenn kleinbürgerliche Parteien, im gegebenen Fall die sozialdemokratische Partei, gegen die Reaktion im Kampfe stehen, diese Parteien in diesem Kampf unterstützen müssen. Aber das ist ja das Entscheidende, daß dem eben nicht so ist.

Genosse Radek fragt: Wer herrscht denn heute in Deutschland? Und er antwortet: Der General — und zieht die Schlußfolgerung: Also haben die Faschisten die Sozialdemokratie besiegt. Wir sagen aber, das „also" ist hier durchaus nicht angebracht. Wer herrscht in Deutschland? Seeckt. Und wer nimmt an der Macht teil? Die deutsche Sozialdemokratie. Sind denn Ebert, der Reichspräsident, und Severing, der preußische Innenminister, nicht Sozialdemokraten? Aber nicht genug damit? Nicht nur die Spitzen der Sozialdemokratie sind an der Macht beteiligt. Wissen wir denn nicht, daß ein paarmal zehntausend, wenn nicht noch mehr einfache Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Bürgermeister, Polizeivorsteher usw. gleichfalls an der Macht beteiligt sind? Auch das ist ein Stückchen Macht. Ohne Zweifel. Die Sozialdemokratie ist auch weiter Teilhaber an der Macht geblieben. Hier liegt der Hund begraben. Seit fünf Jahren, seit der Novemberrevolution, herrscht in Deutschland der Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Innerhalb dieses Blocks ändert sich von Zeit zu Zeit das Kräfteverhältnis. Schon die bürgerliche Revolution in Deutschland ist gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Sodann übernahm die Sozialdemokratie die Macht, und begann die deutsche Revolution bergab zu führen, indem sie die Macht allmählich der Bourgeoisie zurückgab. Auch heute haben wir einen Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie vor uns. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch eine mitregierende Partei in Deutschland, Genosse Radek!

Das entscheidet unsere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Es handelt sich darum, daß die Sozialdemokratie selbst faschistisch geworden ist. Genossen, diese Erscheinung können wir nicht nur in Deutschland wahrnehmen, sondern in der ganzen II. Internationale.

Sehen wir nun nach Italien! Nehmen wir die Partei Turatis. Turati ist schon seit 25 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren sagen, daß Turati etwa ein Sozialdemokrat von faschistischem Einschlag ist? Nein, er war Revisionist und gab eine schlechte Zeitung heraus. Jetzt ist er aber ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag, seine Partei ist ein Flügel des italienischen Faschismus. Oder denken wir an Bulgarien, an ein Land, daß Euch bekannter ist. Nehmen wir die dortigen Menschiwiki, mit Sakasow an der Spitze. Er ist seit 20 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren behaupten, daß Sakasow ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag ist? Plechanow schimpfte auf ihn wegen seines revisionistischen Standpunktes, wegen seiner „Kritik" am Marxismus. Und jetzt nimmt die Partei dieses Sakasow teil an der Regierung des Faschisten Zankow, läßt Kommunisten niedermetzeln usw. Dasselbe sehen wir in allen Parteien der II. Internationale. Dasselbe war auch in Deutschland der Fall. Jetzt müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist und dürfen nicht alles umdrehen und sagen, der Faschismus hätte die Sozialdemokrie besiegt, aber nicht die Arbeiter.

Hieraus entspringen zwei taktische Schlußfolgerungen. Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muß man sie an der Kehle packen, dann muß man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten, dann müssen wir sie als Leute betrachten, die jenseits der Barrikade stehen. Worin besteht das Neue in der internationalen Arbeiterbewegung? Darin, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist. Der Faschismus ist heute eine Mischung der schwarzen Reaktion und der sozialen Demagogie, der direkten Reaktion der Gutsbesitzer und der Aufpeitschung der Instinkte der besitzlosen Volksschichten. Wir sehen das an dem Beispiel von Mussolini und an anderen. Darum fällt es der Sozialdemokratie leicht, sich mit dem Faschismus zu paaren. Das muß den deutschen Arbeitern erklärt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein Teil des gegenwärtigen Regierungsblockes, trotzdem dort Generale an der Macht sind. Ihrem Typus nach unterscheidet sich die deutsche Republik heute schon nicht mehr allzusehr von jeder anderen bürgerlichen Republik, zum Beispiel der französischen. Wozu eine Terminologie gebrauchen, die die bürgerliche Presse Euch gelehrt hat? Wozu von einer Novemberrepublik sprechen? Benützet die marxistische Terminologie: bürgerliche Demokratie, dann werdet Ihr den Arbeitern sagen können, was wirklich ist, daß Deutschland, im Grunde genommen, eine ebenso bürgerliche und ebenso reaktionäre Republik ist wie Frankreich.

Die Sozialdemokratie ist ein Flügel des Faschismus und hieraus entspringt unsere Taktik. Genosse Radek sucht auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Faschismus. Allerdings gibt es solche, und sie haben auch eine gewisse Bedeutung. Aber durch ihre Überschätzung gibt Radek der ganzen deutschen Partei eine falsche Orientierung. Hieraus folgt, daß er jene himmelschreiende Geschichte rechtfertigt, die in Sachsen vor sich ging, und die nichts anderes ist, als ein Symptom des Opportunismus, und die wir als eine banale Parlamentskomödie einschätzen. Und er, Radek, verteidigt sie. Das sind in kurzen Zügen unsere derzeitigen Meinungsverschiedenheiten.

*

Auf dem Boden dieser Ereignisse begann ein tiefer Differenzierungsprozeß in der Zentrale der KPD. Letzten Endes stellte es sich heraus, daß die deutsche Zentrale in ihrer Mehrheit dieselbe Linie einschlug, wie das EK. der Komintern. Es ergab sich folgendes Verhältnis: Zwei Genossen auf dem rechten Flügel — Brandler und Thalheimer —; 15 Genossen im Zentrum, deren Stellungnahme im großen und ganzen mit unserem Standpunkt übereinstimmt, nur daß ihr Standpunkt weniger klar formuliert ist; der linke Flügel, der in der Zentrale über sechs, sieben Genossen verfügt und sich viel mehr mit der Vergangenheit beschäftigt, die alte Taktik als Ganzes verwirft, aber im wesentlichen letzten Endes doch unseren Standpunkt einnimmt. Gegenwärtig findet eine Konferenz statt.

Die Exekutive der Komintern wurde vor die Frage gestellt, welchen Rat sie der deutschen Partei jetzt geben soll. Die Exekutive schlug den Kurs ein, die Partei gegen die rechten Abweichungen zu kehren, gegen jene rechten Abweichungen, die dort nicht nur zufällig auch Genosse Radek vertritt und die bei uns hier zuweilen in „linker" Toga prangen. Die Exekutive schlug den Weg ein, die 15 Genossen der Mehrheit mit den linken Genossen zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform zu bewegen. Genosse Radek machte alles mögliche und unmögliche, um die Komintern an der Durchführung dieses Beschlusses zu hindern. Er hat sich direkt geweigert, sich dem Beschluß des ZK. unserer Partei zu fügen, das unserer Delegation in der Exekutive gewisse Weisungen erteilte. Wir fragten ihn: Wirst du die Beschlüsse durchführen? Er antwortete: Nein, da ich vom internationalen Kongreß und nicht von euch gewählt wurde. Formell hat er recht. Wir sind alle vom internationalen Kongreß gewählt worden; aber es ist selbstverständlich, daß wir dort unsere Partei vertreten müssen. Wir nahmen einen Beschluß an, wie es Euch bekannt ist, demzufolge der Exekutive der Komintern mitzuteilen ist, daß Genosse Radek in dieser Frage nicht den Standpunkt unserer Partei vertritt. Die Genossen Trotzki, Radek und Pjatakow verfaßten Kontrathesen, mit denen sie sich, über den Kopf unseres ZK. hinweg, an die deutschen Genossen wandten, ohne sie auch nur nachträglich unserm ZK. zugestellt zu haben. Genosse Radek tat alles mögliche, um zu verhindern, daß die Exekutive sich mit der Mehrheit der Zentrale der KPD. in Verbindung setzt. Wir, die andern Mitglieder der Exekutive, machten zuerst einen Verständigungsversuch, wählten eine paritätische Kommission, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu beheben. Die Genossen Radek und Pjatakow beantragten Korrekturen opportunistischer Art, die für uns unannehmbar waren. Wir mußten sie ablehnen. Wir versuchten also alles, um zu einer Verständigung zu gelangen, sie aber versuchten alles, um den Fraktionskampf in die Internationale hineinzutragen.

Aber ich bin doch glücklich, Euch sagen zu können, daß es uns trotz dieser Fehler, trotzdem Genosse Trotzki und Genosse Radek früher eine sehr große Autorität unter den deutschen Genossen hatten, schon gelungen ist, eine gemeinsame Resolution der Mehrheit und des linken Flügels der deutschen Zentrale über alle politischen Fragen zu erreichen. Gerade heute hat die Kommission ihre Arbeit beendet, und sie hat die wichtigste politische Resolution einstimmig angenommen. Noch vor einigen Tagen, im letzten Moment vor der Wahl der Kommission, versuchte Genosse Radek, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale der KPD. einen Fraktionskampf zu entfachen. Er spottete darüber, daß wir, die Exekutive der Komintern, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale eine „Ehe" zustandebringen wollen. Wir antworteten: Was ist Schlimmes daran, wenn wir zwischen der Mehrheit der Zentrale und dem linken Flügel, das heißt Hamburg und Berlin, wo sich die besten revolutionären Arbeiter befinden, ohne die in Deutschland keine Revolution möglich ist, eine sogenannte „Ehe" zustandebringen wollen? Trotz ihrer Schwäche in der Vergangenheit haben die Linken im allgemeinen die opportunistische Gefahr richtig gekennzeichnet. Und heute haben sie eine bessere Verbindung mit der Arbeiterklasse Deutschlands als die Rechten, von denen einige echte politische Bankrotteure sind. Nicht darin liegt das Schlimme, daß sich die Rechten geirrt haben, sondern schlimm ist, daß sie ihre Fehler nicht einsehen wollen, was auch bei unserer Diskussion der Fall war.

*

Die Taktik der Einheitsfront. Die Politik der Exekutive der Komintern besteht darin, die deutsche Partei nach links zu orientieren und sie gegen die opportunistischen Gefahren einzustellen. Genosse Trotzki hat hier recht, wenn er schreibt, daß man im Jahre 1921 die deutsche Partei ein wenig nach rechts orientieren mußte, als sie sich im März 1921 den Kopf einrannte, und daß die Partei jetzt aus Passivität fortfuhr, die Gefahr links zu sehen. Jetzt ist die Zeit da, wo die Gefahr von rechts kommt. Das ZK. und die Komintern haben das schon angekündigt. Wir setzten im wesentlichen eine Verständigung des Hauptkerns der deutschen Partei mit den Vertretern der großen linken proletarischen Organisation durch, die bisher gegenüber einzelnen Vertretern jener Rechten, die unlängst erst den sächsischen Fehler begangen haben und diese offensichtlich sozialdemokratischen Fehler für reines Gold des wissenschaftlichen Kommunismus hinzustellen versuchten, voller Mißtrauen waren. So steht die Sache, Genossen. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß offensichtlich auch in der Frage über die Einheitsfronttaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Was ist die Einheitsfronttaktik? Wir wollen darüber nochmals eine genaue Formulierung geben. Von unserem Gesichtspunkt aus ist die Einheitsfronttaktik nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und der Mobilisierung der Massen in jenem Stadium der Bewegung, wo wir noch in der Minderheit sind, wo das Kapital noch angreift, wo wir uns verteidigen, wo die Sozialdemokraten noch stark sind usw. Wir sagen, daß dies eine Methode der Agitation und der Organisation ist und nichts anderes. Wer da sagt, daß das etwas anderes bedeutet, der reicht den Sozialdemokraten einen Finger. Radek und der rechte Flügel der KPD. gehen gerade davon aus, daß die Einheitsfronttaktik auch etwas anderes bedeutet, etwas mehr als eine Methode der Agitation und Organisation. Sie sprechen den Gedanken nicht ganz aus. Aber sie denken, daß die Einheitsfronttaktik eine Regierungsbildung mit der SPD. bedeutet, daß das eine ganze Etappe ausfüllen könne, daß eine Art von Bündnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten auf der Grundlage der „Demokratie" möglich sei usw. Das eine bringt das andere mit sich. Hieraus entsteht die Ansicht, daß die Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt sei.

Radek wendet ein, daß auch er auf die Sozialdemokraten schimpft. Nicht das Schimpfen ist aber das Entscheidende, sondern die Einschätzung, die Klassenanalyse. Es ist nicht notwendig, daß Ihr allzusehr auf die Sozialdemokratie schimpft, Ihr müßt nur sagen, daß sie jetzt an dem faschistischen Block teilnimmt, anstatt daß Ihr jetzt sagt, daß sie besiegt ist, daß sie dem Faschismus zum Opfer gefallen ist, dann habt Ihr eine andere Perspektive vor Euch. Hieraus ergibt sich auch der unrichtige Standpunkt über die Einheitsfronttaktik.

Bisher hat hier eine Unklarheit geherrscht. Jetzt muß klar Stellung genommen werden. Unser Standpunkt in der Exekutive besteht darin, daß die Einheitsfronttaktik nichts anderes ist, als eine Methode der Agitation und der Mobilisierung, eine Methode der Manöverierung in einer Lage, wo wir von Sozialdemokraten umgeben sind, nicht aber irgendeine demokratische Koalition mit der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Grundlage. Aber man muß sich über diese Frage klar aussprechen. Genosse Radek drohte damit, daß hieraus in der Kommunistischen Internationale eine Krise entstehen werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall sein wird, wenn es aber unvermeidlich sein sollte, dann müssen wir sagen — je schneller, desto besser. Wir müssen in der Kommunistischen Internationale diese Frage klarstellen, unsere Partei muß sich darüber aussprechen und auf Grund ihrer Erfahrungen den Arbeitern anderer Länder den Weg weisen.

Das wären also unsere Meinungsverschiedenheiten. Ihr seht demnach, daß sich der Kampf teilweise auch auf die Linie der Komintern ausdehnte, daß man in der Komintern versuchte, gegen die Linie unserer Partei eine Front aufzurichten. Genosse Radek erklärte in Moskau vor Studenten, daß das ZK. durch die Exekutive der Komintern die deutsche Partei zugrunde richte. Wir, als begeisterte Internationalisten, würden schonungslos gegen ein solches Zentralkomitee vorgehen, das es wagen würde, sich gegenüber einer Bruderpartei, die von ihm Führung erwartet, nachlässig zu verhalten. Man sollte uns die Haut über die Ohren ziehen, wenn wir in dieser Frage wirklich einen Fehler zugelassen hätten. Aber es handelt sich darum, daß auch in dieser Frage die Rollen wieder so fatal verteilt sind, daß jene Genossen, die das ZK. der Entartung beschuldigten, in Wirklichkeit sich selbst hinter den Rockschößen jenes rechten Flügels verstecken, der in der eigenen Zentrale nur zwei von 25 Stimmen erhielt. Es stellte sich heraus, daß sie in dieser Frage wieder auf dem rechten Flügel stehen und nicht dort, wo wirkliche Marxisten und Bolschewiki stehen sollen.

Die Komintern befindet sich natürlich in einer schweren Lage. Nach einer Niederlage muß die Arbeiterklasse stufenweise zum Siege geführt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die letzten Ereignisse in Polen, Deutschland und Bulgarien trotz allem den Anfang einer neuen Welle der internationalen Revolution bedeuten, die vielleicht diesmal noch abflauen, dann aber wieder aufsteigen wird. Aber das sind Ereignisse von größter Wichtigkeit.

Die Regierung Macdonald wird auch eine „Arbeiterregierung" sein, und die Arbeiter werden daraus lernen. Die Komintern erfüllt zweifelsohne ihre historische Mission, wenn sie nicht zuläßt, daß nach solchen Methoden gehandelt wird,

wie wir es hier vom Genossen Radek sehen, wenn sie nicht zuläßt, daß die Fraktionsmethoden in internationalem Maßstabe in unsere Organisationen hineingetragen werden. Nicht jede Kommunistische Partei hat einen solchen Parteiapparat wie wir. Sie haben kein so hartes Gerippe wie wir. Ich denke, es ist jetzt schon klar genug, daß der, der uns, unseren Apparat angreifen will, nicht mit heiler Haut davonkommen wird. Unsere jungen Bruderparteien sind noch nicht so gestählt, sie haben noch keinen so festen Apparat und keine solche Führung wie wir, und dort kann man natürlich viel Unheil anrichten. Für diese Parteien tragen wir eine große Verantwortung. Bedenkt es, Genossen, daß, wenn Ihr in Orenburg oder Jekaterinenburg lebt, so tragt Ihr auch dort einen Teil der Verantwortung für die ganze Kommunistische Internationale, für diese größte Arbeiterorganisation der Welt. Und es ist keineswegs leicht, in Abwesenheit Iljitschs für die Arbeit dieser Organisation die Verantwortung zu tragen. Und ich glaube, daß wir in dieser Frage besonders unversöhnlich und besonders „hartnäckig" vorgehen müssen, wie es den Bolschewiki, den Schülern Lenins, geziemt. Wir müssen, Genossen, energisch zum Ausdruck bringen, daß wir uns hier keine Späße gestatten, daß wir nicht erlauben, die kommunistischen Bruderparteien zu belästigen, daß wir nicht erlauben, die internationale Disziplin zu verletzen, daß wir nicht erlauben, den Fraktionskampf in die Internationale, in den Reihen der internationalen Organisation des Proletariats hineinzutragen. Wir müssen zeigen, Genossen — und darin werden mit uns alle Parteien der Komintern einverstanden sein — daß wir trotz allem auch weiterhin mit fester Hand die Kommunistische Internationale führen werden, und sollten sich Genosse Radek und andere Genossen rechtsgerichtete Seitensprünge erlauben, so werden wir solche Leute rasch auf den richtigen Platz stellen können. Gegenwärtig muß die Komintern als Ganzes, muß insbesondere aber die KPD. ihre Kräfte gegen die rechten Fehler konzentrieren, Fehler wie sie im Vorschlag des Genossen Radek enthalten sind.

Jene Genossen, die nicht nur die Revolution von 1917, sondern auch von 1905 durchmachten, wissen, wie wir dieser Meinurgsverschiedenheiten Herr werden können, in welcher Linie sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegen. Denkt daran, wie Martow Differenzen suchte zwischen den Kadetten und den Oktobristen, zwischen Miljukow und Gutschkow. Solche Differenzen gab es ja natürlich, aber das waren nur Detailfragen und Nuancen. Martow verlor sich in den Versuchen, die Taktik der Partei auf diese feinen Differenzen aufzubauen, ebenso wie sich auch Radek darin verliert. Außer Gutschkow und Miljukow war noch Purischkewitsch da — es bestand noch der „Verband des russischen Volkes" —: das waren die Keime des russischen Faschismus. Seine schwarzen Hundert waren die Kampforganisationen des russischen Faschismus. Sie hatten Anhang in den Massen, sie hatten Anhang im Dorfe, sie hatten eine Zeitlang Hausknechte, Droschkenkutscher, Köchinnen — mit einem Worte kleine Leute hinter sich. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß Genosse Lenin zur Zeit des Dezemberaufstandes, als die Hausknechte, die kleinen Leute hinter unseren Kämpfern standen, dies uns als unsere größte Errungenschaft anrechnete. Radek hat Recht, daß man versuchen muß, diese kleinbürgerlichen Schichten dem Einflusse des deutschen Faschismus zu entziehen. Wir stimmen darin mit ihm überein. Aber man muß sich darüber ganz klar sein, daß wir unsere Taktik dennoch nicht auf die Gegensätze zwischen den Dynastien der Wittelsbacher und der Hohenzollern aufbauen dürfen, wie das Genosse Radek in seiner Resolution erklärt. Es gibt unter ihnen natürlich Meinungsverschiedenheiten, wie es solche auch zwischen der Bande des N. N. Romanow und der Bande Nikolaus II. gab; aber die Taktik einer proletarischen Partei darf keineswegs darauf beruhen. Ich glaube, daß unser einmütiger Beschluß darin bestehen muß, die deutsche Partei zu stärken. Die deutsche Partei schenkt schon heute dem Märchen, daß es in der RKP. eine große Krise gäbe, keinen Glauben. Einige deutsche Genossen, die hier einige Wochen verbrachten, haben wohl etwas gelernt. Ihre Zentrale hat etwas gelernt. Als sie sahen, wie unser ZK. um Moskau kämpfte, als die Anhänger der „Opposition" es ihm entreißen wollten, sagten die Genossen: Wenn wir eine solche Zentrale hätten, so hätten wir es nicht schlecht. Ich glaube, Genossen, daß diese Erfahrung für sie von großem Nutzen sein wird.

Wir betrachten es als ein gutes Vorzeichen für die KPD., daß es ihr mit Hilfe der Exekutive der KI. gelungen ist, eine einheitliche politische Plattform zwischen der Mehrheit der Zentrale und den linken Vertretern der Hamburger, Berliner und der Rheinischen Organisation zu finden. Diese Plattform wird sich jetzt unter der Kontrolle der Komintern wahrscheinlich auch auf dem nächsten Parteitag der KPD. durchsetzen. Sie stellt die Reihen der KPD. gegen die opportunistischen Abweichungen um. Wir halten das als ein glückliches Vorzeichen für die KPD., die, was man auch sagen möge, trotz all ihrer Fehler, eine starke Partei ist, aber vor ungeheuren Aufgaben steht.

Die Komintern begründet jetzt ihre Taktik in Deutschland — auf Grund bitterer Erfahrungen — auf zwei Möglichkeiten: auf die Möglichkeit einer räscheren Entwicklung der Ereignisse, vielleicht schon in diesem Winter, oder auf die Möglichkeit einer längeren Windstille.

Ihr erinnert Euch daran, Genossen, daß die Bolschewiki nach dem Jahre 1905 fast anderthalb Jahre lang nicht wußten, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln, ob in der Richtung einer längeren Epoche der Konterrevolution oder in der Richtung eines neuen raschen revolutionären Aufschwunges. Wir konnten erst im Jahre 1907 die Lage richtiger einschätzen und dann auch nur mit Schwankungen.

Es ist begreiflich, daß wir auch für Deutschland nicht voraussagen können, wohin dort die Ereignisse führen — auf eine unmittelbare Entspannung oder auf eine kürzere oder längere Windstille. Alles spricht hier für eine kürzere Dauer der Windstille, wie es bei uns war. Wir sind natürlich keine Geschichtsschreiber, sondern eine lebendige politische Partei, und dieses Kräfteparallelogramm hängt auch von uns ab.

In dieser Hinsicht — was die KPD. betrifft — dürfen wir unseren Genossen aus der Opposition am wenigsten leichtsinnige Späße erlauben. Was man auch sonst sagen möge, so steht die KPD. kraft ihres historischen Schicksals auf dem Vorposten der internationalen Revolution.

Natürlich hat der Beschluß unserer Partei im gegenwärtigen Augenblick eine viel größere Bedeutung als je vorher. Die rechten Abirrungen in der deutschen Partei wird die Exekutive der KI. sehr schnell überwinden, trotzdem die Genossen, die diese rechten Abirrungen verschuldet haben, in der Person des Genossen Radek und zum Teil auch des Genossen Trotzki eine Unterstützung bekamen. Wir hoffen, daß Genosse Radek seinen Fehler noch einsehen wird, und das wird natürlich der beste Ausweg sein, sowohl für uns wie auch für die KPD. und auch für ihn selbst. Sollte er aber diese Fehler nicht einsehen, so werden wir die Kraft, den Willen und die Geschlossenheit haben, trotz dieser Fehler jene Linie durchzuführen, die wir für die einzig richtige halten.

Politik

Die Parlamentswahlen in Italien.

Die Taktik der Parteien für die am 6. April stattfindenden Parlamentswahlen.

Von Ruggiero Grieco (Rom).

** Die Rede, die Mussolini am 28. Januar in der Generalversammlung der Faschisten in Rom gehalten hat, eröffnet offiziell die Wahlkampagne. Der eigentliche Beginn der Periode der Wahlvorbereitung fällt bereits in den Dezember und kann datiert werden von dem Tage, da die Sitzungsperiode des Parlaments geschlossen wurde. Am selben Tage begann überall die Diskussion über das aktuelle Problem: die Wahlen. Die von Mussolini am 28. Januar im Palazzo Venezia gesprochenen Worte werden sicherlich nicht ohne Einfluß auf das Programm und die Taktik der im Wahlkampf stehenden Parteien sein.

Der Ministerpräsident hat die Aufgabe, die der Faschismus sich mit der Ausschreibung der Neuwahlen setzte, klar ausgesprochen: man will die Herbeiführung eines Volksbeschlusses. Die diesbezüglichen Äußerungen Mussolinis waren recht wenig geschickt. Es ist natürlich unmöglich, an die Neutralität der Regierung bei den Wahlen zu glauben, besonders in Italien, wo jeder die schlecht verkleidete politische Korruption kennt, die den Namen Giolittis berühmt machte, ebenso wie die Taten seiner Söldlinge, die, bezahlt durch die Regierungskandidaten oder die Regierung selber, um jeden Preis die Wahl ihres Soldherrn durchzuführen hatten. Doch verlangt die elementare Taktik der Regierung, mag diese vorurteilslos sein oder nicht, daß das Recht der Bürger auf Freiheit der Propaganda und der Abstimmung öffentlich verkündigt werde und daß alle Staatsorgane